dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin
Cornelia Krüger

Telefon 030.40 81-55 60
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 40 **23. Oktober 2014**

Inhalt

Keine Beschränkung gewerkschaftlicher Grundrechte+++
dbb jugend führt Gespräche mit SPD und Linken+++
Neue Arbeitskampfmappe des dbb auf CD+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Beamte sind keine Dispositionsmasse zur Haushaltssanierung+++
Knecht: Demografischer Wandel wird Stresstest für Mecklenburg-Vorpommern+++
dbb rheinland-pfalz im Gespräch mit Bürgerbeauftragtem+++
dbb sachsen-anhalt: Modernisierung von Personalvertretungsgesetz vorerst gescheitert+++
DSTG: Finanzamt darf nicht ausrechenbar werden+++
GDL: Zugpersonal lässt sich nicht auseinander dividieren+++
Polizeigewerkschaft will Steueranreize für Hausbesitzer++

Namen und Nachrichten+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

Keine Beschränkung gewerkschaftlicher Grundrechte

(dbb) In der Debatte um die aktuelle Tarifauseinandersetzung bei der Deutschen Bahn hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt nochmals klar gemacht, dass man Gewerkschaftsmitglieder wie die Lokführer nicht in ihren Grundrechten beschränken könne, „nur weil sie einen Beruf haben, der unmittelbar Auswirkung auf die Gesellschaft hat, anders als zum Beispiel IT-Fachleute und Laboranten". Das sagte Dauderstädt der „Süddeutschen Zeitung" (Ausgabe vom 20. Oktober 2014).

Niemand würde beispielweise „einen Streik bei Rheinmetall verbieten wollen, damit ein Panzer pünktlich an Saudi-Arabien geliefert werden kann", so der dbb Chef weiter. Außerdem sei der Staat selbst in der Lage zu bestimmen, wo gestreikt werden dürfe und wo nicht, „indem er bestimmte Berufsgruppen verbeamtet oder eben nicht". Als die DB noch die Bundesbahn war, waren alle Lokführer verbeamtet, heute sind aus dieser Zeit noch etwa 4.000 Lokführerbeamte tätig.

Auf die Frage der „Süddeutschen Zeitung", ob der dbb den Anträgen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) auf Hilfe aus dem Streikfonds des Dachverbandes uneingeschränkt stattgeben werde, antwortete Dauderstädt: „Da kann es keinen Automatismus geben." Nach den Regularien des dbb werde „jeder Antrag zunächst geprüft".
(01/40/14)

dbb jugend führt Gespräche mit SPD und Linken

(dbb) Zu Gesprächen mit Sönke Rix, kinder-, jugend- und familienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Stefan Schwartze, dem jugendpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, sowie Ulla Jelpke, Innenausschuss-Mitglied der Fraktion Die Linke, sind dbb jugend-Chefin Sandra Kothe und ihre Vize Liv Grolik am 16. Oktober 2014 in Berlin zusammen getroffen. Thema war neben der Demografiestrategie der Bundesregierung auch die Situation junger Beschäftigter im öffentlichen Dienst.

Die dbb jugend-Vertreterinnen erläuterten die Forderungen der dbb jugend nach einer Ballungsraumzulage und mehr günstigem Wohnraum für junge Menschen. Die Abgeordneten zeigten sich offen für diese Anliegen und freuten sich über das Angebot der dbb jugend, dazu mehr Material vorzulegen.

Weiteres Thema war das ehrenamtliche Engagement. Hier ging es um die Ausweitung der Sonderurlaubsmöglichkeiten. Die dbb jugend-Vertreterinnen kritisierten auch die umständliche Handhabung der Beantragung von Bildungsurlaub. „Wenn wir als dbb jugend für ein Seminar Bildungsurlaub beantragen, müssen wir das im Endeffekt für alle Bundesländer einzeln tun, einige Länder wie Thüringen, Bayern, Baden-Württemberg haben noch nicht mal ein Bildungsurlaubsgesetz", sagte Kothe.

Mit der Linken-Abgeordneten Ulla Jelpke erörterten die beiden dbb jugend-Vertreterinnen vor allem das Konzept der Demografie-Stellen, um altersbedingte Abgänge im öffentlichen Dienst besser abfedern zu können.
(02/40/14)

Neue Arbeitskampfmappe des dbb auf CD

(dbb) Der dbb, Geschäftsbereich Tarif, hat seine abermals aktualisierte und erweiterte Arbeitskampfmappe - Stand: Oktober 2014 - herausgegeben. Die Arbeitskampfmappe gibt es ab diesem Jahr nur noch als CD-ROM.

Darauf zu finden sind sowohl die Gesamtdatei als auch alle Kapitel und Vordrucke als Einzeldateien. Neu ist zudem, dass alle Vordrucke und Musterschreiben im Word-Format enthalten sind. So ist es künftig noch einfacher, diese für eigene Zwecke und Bedürfnisse anzupassen.

Diese Arbeitskampfmappe ersetzt die Mappe mit Stand Oktober 2013 und stellt eine aktuelle Handlungsanleitung auch zur Einkommensrunde 2015 dar. Es werden wichtige Fragen von Streikleiterinnen und Streikleitern der Fachgewerkschaften vor, während und nach Arbeitskampfmaßnahmen beantwortet.

Die Arbeitskampfmappe dient weniger zur Verteilung an einzelne Mitglieder vor Ort, da die enthaltenen Informationen für den „normalen" Streikteilnehmer eher zu umfangreich sind. Für die Streikenden vor Ort stellt der dbb den Flyer „Rechte im Arbeitskampf" zur Verfügung, in dem die wichtigsten Fragen zum Arbeitskampf kurz erläutert werden.

Wie in den Vorauflagen werden in der Arbeitskampfmappe rechtliche Probleme beschrieben und Tipps für die Durchführung von Arbeitskämpfen, Aktionen und Demonstrationen gegeben. Häufig wiederkehrende Begriffe rund um das Thema Arbeitskampf werden erläutert. Das Kapitel „Oft gestellte Fragen" hilft, Probleme bereits im Vorfeld zu lösen oder gar nicht erst entstehen zu lassen. Ein Anlagenteil mit vielen Musterschreiben rundet die Arbeitskampfmappe ab.

In den nächsten Wochen werden jeder Fachgewerkschaft des dbb auf Bundesebene sowie den Landesbünden Exemplare der neuen CD-Arbeitskampfmappe zugehen. Sie dient als Kopiervorlage zur weiteren Verteilung. Nachbestellungen sind nicht möglich.
(03/40/14)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Beamte sind keine Dispositionsmasse zur Haushaltssanierung

(dbb) Der am 21. Oktober 2014 auf einer Anhörung im Düsseldorfer Landtag vorgestellte Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2015 ist vom Vorsitzenden des DBB NRW Roland Staude scharf kritisiert worden.

„Beamtinnen und Beamte sind keine Dispositionsmasse für Sonderopfer, sondern sie verdienen die gleiche Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung wie ihre Kolleginnen und Kollegen aus dem Arbeitnehmerbereich", so Staude vor dem Hintergrund, dass Finanzminister Norbert Walter-Borjans im Haushaltsplan für das nächste Jahr 160 Millionen Euro als Einsparvolumen für den Personalhaushalt vorsieht.

Der Bund hatte zuletzt das Tarifergebnis vom 1. April 2014 inhalts- und zeitgleich auf die Beamten übertragen: 2,8 Prozent rückwirkend zum 1. März 2014 und 2,2 Prozent zum 1. März 2015. „Nehmen Sie sich daran ein Beispiel", forderte Staude die Abgeordneten von SPD und Grünen auf. „Dass sich Beamte in NRW vor dem Hintergrund der deutlich besseren Bezahlung in Bund und vielen anderen Ländern als Beamte zweiter Klasse fühlen, ficht die rot/grüne Landesregierung offensichtlich nicht an", kritisierte er.

Der nordrhein-westfälische Beamtenbund bekräftige seine Forderung nach einer Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst, um junge Menschen für einen Job in diesem Bereich zu interessieren: „Das geht nicht mit noch schlechterer Bezahlung und der höchsten Wochenarbeitszeit in Deutschland", machte Staude klar.
(04/40/14)

Knecht: Demografischer Wandel wird Stresstest für Mecklenburg-Vorpommern

(dbb) „Der demografische Wandel wird zum Stresstest für Mecklenburg-Vorpommern werden", warnte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht in seinem Grußwort vor den 60 Delegierten des komba-Landesgewerkschaftstags am 17. Oktober 2014 in Klink mit Blick auf die Auswirkungen der demografischen Entwicklungen für das Land. Der gesellschaftliche Zusammenhalt hänge am seidenen Faden, so Knecht, „und nur ein personell

gut ausgestatteter und in der Fläche präsenter öffentlicher Dienst wird diesen Zusammenhalt in Zukunft garantieren und nachhaltig sichern können".

Während in den vergangenen Jahren allein im Landesdienst durchschnittlich 450 Wechsel in Rente oder Pension erfolgten, werde sich die Zahl in der nächsten Zeit auf 1.000 erhöhen. Auf der anderen Seite gebe es drastisch sinkende Schulabgängerzahlen. „In den nächsten zehn Jahren muss es gelingen, wenigstens diese Schulabgänger im Land zu halten, um hier gegenzusteuern. Denn wenn die Babyboomer vom Arbeitsmarkt verschwunden sind, fährt unser System vor die Wand", so Knecht. „Leider ist das Land als Arbeitgeber gerade für junge Leute nicht attraktiv genug."

Befristete Beschäftigung beispielsweise habe naturgemäß negativen Einfluss auf die Familienplanung. In etwa zehn Jahren werde in Mecklenburg-Vorpommern jeder Dritte über 65 sein. „Auf 100 Großeltern kommen nur noch 47 ‚Enkelkinder'. Heute versorgen 100 Beschäftigte 44 Rentner, in 15 Jahren werden es 75 sein. Wenn Arbeitgeber unter diesen Umständen noch attraktiv sein wollen, dann werden neben Betriebskindergärten auch Betriebspflegestätten thematisiert werden müssen", befürchtete der dbb-Landeschef. Zudem sei Mecklenburg-Vorpommern ein Flächenland. Hier sei eindeutig die Politik für die Daseinsvorsorge verantwortlich. „Leider nimmt sie diese Verantwortung nur unzureichend wahr, weil sie einen linearen Zusammenhang zwischen sinkender Bevölkerungsdichte und den vorhanden Arbeitsplätzen der öffentlichen Hand herstellt. Die Zeit bis zum Eintreffen einer Polizeistreife oder einer Feuerwehr am Einsatzort hängt aber nur sehr bescheiden davon ab, wie viele Einwohner die betreffende Gemeinde hat", betonte Knecht.
(05/40/14)

dbb rheinland-pfalz im Gespräch mit Bürgerbeauftragtem

(dbb) Eine Delegation des dbb rheinland-pfalz unter Leitung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Gerhard Bold hat am 17. Oktober 2014 den Bürgerbeauftragten des Landes, Dieter Burgard, zu einem Gespräch getroffen. Themen waren aktuelle Entwicklungen im öffentlichen Dienst und die bald erreichten, ersten 100 Tage des Bürgerbeauftragten als Landespolizeibeauftragter.

Wie der dbb Landesbund mitteilte, haben die dbb Vertreter in der Unterredung die Wut der Mitglieder über die „5x1 %"-Deckelung von Besoldungs- und Versorgungsanpassungen im Landes- und Kommunaldienst zum Ausdruck gebracht und die große Enttäuschung der Betroffenen verdeutlicht, dass die Hängepartie in Bezug auf das von der Landesregierung zugesagte „Deckellüften" nach wie vor andauert. Der dbb rheinland-pfalz fordere jetzt - vor einer Steuerschätzung im November und vor dem Abschluss der Verhandlungen um den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder im nächsten Jahr - eine deutliche Korrektur der Deckelung.

Beim Themenkomplex „Pensionsalter" ging es im Sinne des gesamten Vollzugsdienstes unter anderem um die geplante Abschaffung des Übergangsgeldes bei besonderen Pensionsaltersgrenzen. Bislang kompensiere der Ausgleich die mit dem frühen Eintritt in den Ruhestand verbundene Absenkung des Einkommens in bedeutendem Umfang und sei ein wesentlicher Bestandteil des Lebenseinkommens eines Feuerwehr-, Strafvollzugs- oder auch Polizeivollzugsbeamten. Die schrittweise Kappung wäre höchst unsozial und stünde der Bedeutung und Verantwortung der Vollzugsbeamten entgegen, so die dbb-Vertreter.

Burgard informierte auch über seine Rolle als Beauftragter für die Landespolizei, die er seit Juli 2014 innehat. Bürger können sich seither mit einer Beschwerde an ihn wenden, wenn sie bei einer polizeilichen Maßnahme den Eindruck haben, dass ein persönliches Fehlverhalten eines Polizisten vorliegt oder dass eine polizeiliche Maßnahme rechtswidrig war. Polizisten können sich eine Eingabe an den Beauftragten richten, wenn sie Missstände oder Fehler aufzeigen wollen oder im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit in soziale oder persönliche Konfliktsituationen geraten beziehungsweise Probleme mit ihrem Dienstherrn vorliegen.
(06/40/14)

dbb sachsen-anhalt: Modernisierung von Personalvertretungsgesetz vorerst gescheitert

(dbb) In Sachsen-Anhalt haben sich CDU und SPD im Koalitionsausschuss darauf verständigt, das Landespersonalvertretungsgesetz in dieser Wahlperiode nicht zu novellieren. Dazu sagte der dbb Landesvorsitzende Wolfgang Ladebeck am 15. Oktober 2014: „Damit ist die Chance, rechtzeitig vor den Personalratswahlen im nächsten Jahr ein modernes Landespersonalvertretungsgesetz zu verabschieden, endgültig vertan." Das Bekenntnis zur Modernisierung des Personalvertretungsgesetzes im Koalitionsvertrag bleibe so ein Lippenbekenntnis.

Nach zahlreichen Gesprächen mit CDU und SPD Fachpolitikern war der dbb sachsen-anhalt optimistisch, dass die Regierungsfraktionen noch rechtzeitig vor den Personalratswahlen 2015 einen gemeinsamen Gesetzentwurf in den Landtag einbringen und verabschieden, der einen akzeptablen Kompromiss zwischen den Gewerkschaftsforderungen und den Interessen der Dienststellen darstellt. „Dass sich CDU und SPD hinsichtlich der Forderung der Gewerkschaften nach mehr Mitgliedern in den Personalräten und mehr Freistellungen nicht einigen konnten, bedauern wir sehr. Mehr Freistellungen verursachen natürlich auch mehr Kosten. Das Engagement der Beschäftigtenvertretungen durch das Bewusstsein aktiver Teilhabemöglichkeiten an der Gestaltung des beruflichen Umfelds lässt sich nicht in Cent und Euro bemessen", sagte Ladebeck.

Einig waren sich dbb und Regierungsfraktionen dagegen über die Notwendigkeit einer Erweiterung der Mitbestimmungstatbestände. (07/40/14)

DSTG: Finanzamt darf nicht ausrechenbar werden

(dbb) Der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler hat im Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (Ausgabe vom 21. Oktober 2014) seine Haltung zur Bearbeitung von Steuererklärungen durch Computer erläutert.

Er bestätigte, dass in Baden-Württemberg mit einem solchen Risikomanagementsystem gearbeitet wird. „Die Maschine entscheidet, ob ein Fall weitgehend risikolos ist", so Eigenthaler. Im sogenannten Automatik-Fall finde keine personelle Bearbeitung statt. „Allerdings ist der Anteil dieser Auto-Fälle verschwindend gering." Dafür sorgen nach seinen Angaben zahlreiche Risikofaktoren. Dazu gehören beispielsweise Einnahmen aus Vermietung, geltend gemachte Versicherungsbeiträge oder ein Arbeitszimmer. „Da brauche ich nur 10 Euro ausländische Quellensteuer geltend zu machen, dann ist das nicht mehr der typische Arbeitnehmerfall."

Eigenthaler schätzte den Anteil der „Auto-Fälle" im Südwesten auf deutlich weniger als zehn Prozent. Man müsste diese Zahl verdreifachen oder vervierfachen, um überhaupt einen Effekt zu erzielen. „Doch dann muss man Risiko-Schleusen aufmachen und nach dem Motto handeln: Augen zu und durch." Damit drohten Steuerausfälle. Die Steuerzahler und ihre Berater stellten sich schnell auf Änderungen im Prüfungsmodus ein. „Man muss auf jeden Fall ergänzend mit Zufall und Risiko arbeiten, denn das Finanzamt darf auf keinen Fall ausrechenbar werden, wenn es den Filter weiter öffnet", mahnte der DSTG-Chef. (08/40/14)

GDL: Zugpersonal lässt sich nicht auseinander dividieren

(dbb) „Spätestens jetzt müsste die Deutsche Bahn verstanden haben, dass kein Weg an inhaltlichen Tarifverhandlungen mit uns für das Zugpersonal vorbeiführt." Das sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbb Vize

Claus Weselsky nach 61 Stunden Arbeitskampf im Güterverkehr und 50 Stunden im Personenverkehr der DB, die beide am 20. Oktober 2014 um 4 Uhr zu Ende gegangen waren. Wieder seien rund 85 Prozent der Züge stehen geblieben oder hatten große Verspätung.

Trotz aller Versuche der DB, die GDL zu verunglimpfen, habe das Zugpersonal auch bei diesem fünften Streik wieder wie eine Eins hinter den Forderungen der GDL gestanden, so Weselsky. „Die Versuche der DB, die Beteiligung der Zugbegleiter beim Arbeitskampf kleinzureden, führen nur zu einer noch stärkeren Solidarität, denn sie handeln aus Überzeugung. Unsere Mitglieder sind keine Marionetten, die auf Knopfdruck die Züge stehen lassen. Es geht ihnen um Überstundenbegrenzung, bessere Schichtpläne, fünf Prozent mehr Tabellenentgelt, überhaupt um verbesserte Arbeitszeitregelungen in einer für den Wettbewerb der Eisenbahnverkehrsunternehmen geeigneten Tarifstruktur."

Die GDL habe der Deutschen Bahn Tarifvertragsentwürfe mit genau diesen Inhalten als Forderungen vorgelegt. Weselsky: „Wir werden dafür sorgen, dass die ständige Überlastung des Zugpersonals ein Ende hat, die Beschäftigungssicherung im gesamten Eisenbahnverkehrsmarkt funktioniert und dass der Lohn auch überall zur verantwortungsvollen Arbeit passt." Die GDL organisiere mit 51 Prozent die Mehrheit der 37.000 Beschäftigten des Zugpersonals in den Eisenbahnverkehrsunternehmen der DB. Deshalb werde sie die Vertretungsmacht für ihre Mitglieder des Zugpersonals nicht abgeben.

Die GDL gebe der DB nun eine Woche Zeit, ein inhaltliches Angebot zu ihren Forderungen für das Zugpersonal abzugeben. In dieser Zeit werde es keine Arbeitskämpfe geben.
(09/40/14)

Polizeigewerkschaft will Steueranreize für Hausbesitzer

(dbb) Vor dem Hintergrund stark gestiegener Einbruchszahlen fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) Steueranreize für Besitzer von Häusern und Wohnungen. „Wer in Sicherheitsmaßnahmen investiert, sollte diese Ausgaben bei der Steuer absetzen können", sagte der DPolG-Vorsitzende Rainer Wendt dem „Focus" (19. Oktober 2014). Er empfahl, ein solches Programm auf fünf Jahre zu befristen.

Mit knapp 150.000 Fällen hatte die Zahl der Wohnungseinbrüche 2013 den höchsten Stand seit 15 Jahren erreicht. Dieser Zuwachs wird vor allem auf international agierende Einbrecherbanden zurückgeführt, die bislang schwer zu fassen sind.

Nach Ansicht Wendts sind mehr Polizei-Streifen keine Lösung. „Wir müssen von den Menschen verlangen, dass sie ihr Eigentum sichern", sagte er. Um Ermittlungen zu erleichtern, müssten die Länder zudem einen „satten dreistelligen Millionenbetrag" für Software und Technik ausgeben.
(10/40/14)

Namen und Nachrichten

(dbb) „Den neuen Kommissionsmitgliedern wünsche ich viel Erfolg bei ihrer Arbeit. Es stehen große Aufgaben an." Mit diesen Worten hat **Dietmar Knecht** am 22. Oktober 2014 in Berlin die Wahl der 27 neuen EU-Kommissarinnen und Kommissare durch das Europäische Parlament kommentiert. Der Vorsitzende der dbb Grundsatzkommission Europa und des Landesbundes in Mecklenburg-Vorpommern erwartet ein selbstbewusstes Auftreten der neuen europäischen Führung.

„An die EU-Kommission werden mittlerweile die gleichen Anforderungen gestellt wie an nationale Regierungen. Das heißt sowohl Transparenz in der politischen Arbeit als auch schnelle, zielgenaue Lösungen für aktuelle Herausforderungen." Dazu gehöre vor allem eine Lösung der sozialen Krise Europas. Die neue Kommission unter Führung ihres Präsidenten Jean-Claude Juncker müsse künftig verstärkt beschäftigungs- und sozialpolitische Initiativen nutzen, um die Mitgliedstaaten bei

der Bewältigung der aktuellen Wirtschaftskrise zu unterstützen. „Natürlich liegt auch weiterhin die Hoheit über die Sozialpolitik bei den Nationalstaaten, daran soll sich auch nichts ändern. Allerdings haben viele der aktuellen Herausforderungen eine europäische Dimension, die entsprechend nach europäischen Lösungsansätzen verlangt. Die Kommission wird vor allem daran gemessen werden, ob sie es mit ihren Mitteln schafft, spürbar zu einer Verbesserung der Lage beizutragen", sagte Knecht.

Fünf Millionen Jugendliche in der EU sind arbeitslos. Vor diesem Hintergrund hat die dbb jugend begrüßt, dass die EU-Staats- und Regierungschefs am 8. Oktober 2014 auf einem Beschäftigungsgipfel in Mailand diskutierten, wie die Jugendarbeitslosigkeit effektiver bekämpft werden kann. Nach dem Willen Deutschlands soll eine schnellere Vergabe bestehender Milliarden-Hilfen für Maßnahmen gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit ermöglicht werden. Damit die Mittel zeitnah in Anspruch genommen werden können, sei eine Vereinfachung der administrativen Vorgaben unabdingbar, sagte der stellvertretende Bundesjugendleiter **Michael Gadzalla**. Die Ergebnisse des Gipfels blieben hier zu vage. Die dbb jugend fordere eine Überprüfung, ob die von der EU bereitgestellten Mittel tatsächlich über ein aufwendiges Verfahren vom Europäischen Sozialfonds zur Verfügung gestellt werden müssen, bei dem die Mitgliedsländer erst komplexe operative Programme zur Genehmigung vorlegen müssen. „Ziel muss es sein, dass die EU-Kommission diese Mittel künftig zügiger bewilligen kann", forderte Gadzalla.

Grenzüberschreitende Steuerhinterziehung und –flucht muss nach Auffassung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) durch eine bessere europäische Zusammenarbeit bekämpft werden. „Meiner Ansicht nach braucht es dafür aber keine neue europäische Behörde", sagte der DSTG-Vorsitzende und dbb Vize **Thomas Eigenthaler** am 15. Oktober 2014 dem „Handelsblatt" (Online-Ausgabe). Ein Steuer-FBI, wie etwa vom Vorsitzenden der Linkspartei, Bernd Riexinger, vorgeschlagen, wäre aber eine neue Behörde, „die sehr viel Binnen-Bürokratie nach sich ziehen würde", so Eigenthaler. Außerdem würden sich viele neue Fragen stellen, etwa mit wie viel Personal das FBI arbeiten solle, wer das Personal auswähle und bezahle, wofür das FBI überhaupt zuständig sein solle und wie die Kommunikation mit den Einzelstaaten ablaufe. Ihm sei wichtiger, so Eigenthaler, „dass ein effektiver Informationsaustausch zwischen den Staaten organisiert wird, dass auf gemeinsame Daten-Pools zugegriffen werden kann, dass effektive und kompatible EDV-Ausstattungen in den EU-Mitgliedsländern vereinbart werden".

Auf einem kleinen Landesparteitag der CDU Berlin hat der Bürgermeister und Innensenator Frank Henkel (CDU) gefordert, in der nächsten Legislaturperiode einen Personalverantwortlichen im Rang eines Staatssekretärs zu berufen. Dieser müsse Nachwuchsgewinnung, Ausbildung, Personalplanung und Motivation der Mitarbeiter koordinieren. „Der dbb berlin begrüßt diese Forderung und geht davon aus, dass in diesem Zusammenhang auch die Fehlentscheidung, den Tarifbereich zur Senatsverwaltung für Finanzen zu verlagern, wieder korrigiert wird", sagte der Landesvorsitzende **Frank Becker** am 22. Oktober 2014 zu dem Vorschlag.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Kontrollen der geltenden gesetzlichen Mindestlöhne nicht effektiv sein können, berichtete „Spiegel Online" am 20. Oktober 2014 und verwies auf fehlendes Personal. „Die versprochenen 1.600 neuen Stellen bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, die zum Zoll gehört, werden erst bis 2019 eigerichtet sein – also bis zu fünf Jahre nach Einführung." Das gehe aus einer Kleinen Anfrage der Grünen an das Bundesfinanzministerium hervor, so „Spiegel Online". Altersabgänge und sonstige Fluktuation seien nicht eingerechnet. Schon heute arbeite die Finanzkontrolle Schwarzarbeit an der Belastungsgrenze, heißt es weiter. „Im August waren laut Bundesrechungshof 600 der 6.500 Stellen unbesetzt. Der Chef der Zollgewerkschaft, **Dieter Dewes**, forderte angesichts des gesetzlichen Mindestlohns ab 2015 zudem bis zu 2.500 neue Kontrolleure. Deutlich mehr also, als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gebilligt hat."

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) hat am 20. Oktober 2014 die Einstellung des Verfahrens gegen einen Kollegen begrüßt, der sich 2013 heftigen Vorwürfen ausgesetzt sah, nachdem er und weitere Einsatzkräfte in der Bremer Diskothek „Gleis 9" eingeschritten waren und eine Person festgenommen hatten. Die strafrechtlichen Ermittlungen hatten keinen genügenden Anlass zur Erhebung der öffentlichen Klage geboten, das Ermittlungsverfahren wurde deshalb eingestellt. **Rainer Wendt**,

Bundesvorsitzender der DPolG, sagte: „Unsere Kolleginnen und Kollegen haben Anspruch darauf, dass alle einsatzrelevanten Umstände unabhängig und objektiv untersucht werden. Genau dies hat die Staatsanwaltschaft getan und – im Gegensatz zu manch öffentlicher ‚Stimmungsmache' - die Unschuldsvermutung beachtet." Das Verfahren zeige einmal mehr, dass Rufe nach Kommissionen, die derartige Sachverhalte prüfen, Unfug seien. „Die Justiz funktioniert in unserem Rechtsstaat", so Wendt.

Für eine bessere Beschulung von Flüchtlingskindern setzt sich der Verband Bildung und Erziehung (VBE) ein. Dabei müssten die Schulen deutlich mehr Unterstützung bekommen, forderte VBE-Bundesvorsitzender **Udo Beckmann**, der auch Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen ist, mit Blick auf dieses Bundesland. „Viele Schulen können den Ansturm der Flüchtlingskinder im Moment nur schwer bewältigen. Sie brauchen mehr Unterstützung bei der Beschulung von schwer traumatisierten Kindern aus Kriegsgebieten." Im Moment würde mehr improvisiert, so Beckmann, da die Landesregierung und die Kommunen mit der Zahl der Flüchtlinge aus dem Nahen Osten überfordert seien: „Diese Überforderung darf aber nicht zu Lasten der Flüchtlingskinder, der übrigen Kinder und der betroffenen Schulen gehen." Dringend gebraucht würden Schulpsychologen, Schulsozialarbeiter und Dolmetscher, die erste Hemmschwellen abbauen und konkrete Hilfestellungen geben könnten.
(11/40/14)